

Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation

Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre

Beschlossen auf dem 32. Bundesparteitag
9.-11. Mai 1984 in Stuttgart



Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industriention

Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre
beschlossen auf dem 32. CDU-Bundesparteitag
9.-11. Mai 1984 in Stuttgart

I. Präambel

1. Die Stuttgarter Leitsätze beruhen auf dem Grundsatzprogramm der CDU. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit fordern eine Ordnung der Wirtschaft, in der sich die Menschen frei und sozial entfalten können. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllt diese Forderung. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle, weil es Leistung mit sozialer Gerechtigkeit, Wettbewerb mit Solidarität und Eigenverantwortung mit sozialer Sicherheit in Einklang bringt. Die Soziale Marktwirtschaft hat ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild des Christen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit.

Die CDU, die große Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland, hat die Soziale Marktwirtschaft politisch durchgesetzt. Dies war die Voraussetzung für den erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Sie hat uns einen hohen Lebensstandard und soziale Sicherheit gebracht, die soziale Partnerschaft gefördert und den Menschen Selbstbestimmung und eigenverantwortliches Handeln ermöglicht. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet die Vorteile einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung mit der Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit. Mit der Sozialen Marktwirtschaft kann das Ziel der Vollbeschäftigung am ehesten erreicht werden.

Als einzige Wirtschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft auch den heutigen und zukünftigen Herausforderungen unseres Landes gewachsen. Dazu gehören neue technische Möglichkeiten, Schonung der natürlichen Umwelt, neue wirtschaftliche und soziale Bedingungen, aber auch neue Wertorientierungen, die neue Anforderungen an die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft stellen. Diese Anforderungen begegnen uns im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Wandel, besonders in der Arbeitslosigkeit sowie in der Veränderung der internationalen Wettbewerbsbedingungen und im Nord-Süd-Gefälle.

Auch in einer Zeit neuer Herausforderungen, vor denen die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren steht, müssen persönliche Freiheit, Gleichheit der Chancen, Eigentum, Wohlstand, Arbeit und sozialer Fortschritt für alle gesichert werden. Um diese Ziele zu erreichen, müssen in Zukunft vor allem die grundlegenden ordnungspolitischen Elemente der Sozialen Marktwirtschaft wieder stärker zur Geltung kommen. Dazu gehören:

- Wettbewerb und persönliches, sozialverpflichtetes Eigentum;
- dezentrale Steuerung durch Märkte und Tarifautonomie;
- Machtkontrolle durch Gewaltenteilung und staatliche Aufsicht;
- Freiheit der Verbraucher, der Unternehmen und des Berufes;
- Selbständigkeit und Risikobereitschaft;
- Teilhabe des einzelnen am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Die Soziale Marktwirtschaft hat den Freiheitsspielraum des einzelnen erweitert. Sie hat daher auch Erwartungen ausgelöst, die über den materiellen Wohlstand hinausgehen. Die Menschen beurteilen wirtschaftlichen Fortschritt auch danach, ob er Raum läßt für das Empfinden, gebraucht zu werden und eine sinnerfüllte Aufgabe zu

haben, ob er mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen und der Anerkennung persönlicher Leistung und Verantwortung verbunden ist.

Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CDU will die Bereitschaft zu Leistung, Unternehmungsgeist und Risiko fördern und eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität ermöglichen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der der einzelne Zuwendung, Vertrauen und Geborgenheit erfährt – eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

II. Analyse des Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft

Gesellschaftlicher und technischer Wandel

2. Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland haben sich in den vergangenen Jahrzehnten tiefgreifend verändert. Der Lebensstandard der Bürger hat sich gegenüber den 50er Jahren entscheidend verbessert. Das Ausbildungsniveau der Bevölkerung ist hoch entwickelt. Wohlstand ist für viele eine Selbstverständlichkeit geworden. Gleichzeitig ändern immer mehr Menschen ihre Bedürfnisse und Werthaltungen. Schutz der Umwelt, größere Beteiligungschancen an Entscheidungsprozessen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und erweiterte Gestaltungsspielräume im Arbeitsleben erhalten ein neues Gewicht. Die Möglichkeiten zur sozialen und kulturellen Betätigung sowie zur individuellen Weiterbildung haben sich erweitert.

Während die Produktion selbst immer mehr von Maschinen übernommen wird, steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften für Dienstleistungen. Das Ergebnis dieses Wandels der Arbeitsformen ist nicht nur eine Erweiterung des Dienstleistungsbeereichs; auch innerhalb des Produktionsbereichs nimmt der Anteil solcher Arbeiten zu, die den Charakter von Dienstleistungen haben.

Neue Arbeitsplätze werden vor allem im Dienstleistungssektor entstehen. Die Zahl der dort Beschäftigten wird zunehmen. Im Produktionssektor wird die Zahl der Beschäftigten eher zurückgehen. Sein Beitrag zum Bruttosozialprodukt wird jedoch dank der technischen Entwicklung zunehmen und daher auch künftig seine herausragende wirtschaftliche Bedeutung behalten.

3. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich auf dem Weg in eine informationsorientierte Gesellschaft, in der kreative Kenntnisse und Fertigkeiten eine größere Bedeutung erhalten. Die neuen Technologien sind daher nicht nur Ursache des Wandels der Beschäftigungsformen, sondern zugleich Anstoß für neue und zusätzliche Dienstleistungen in den Bereichen Information und Beratung, Bildung und Kultur, Freizeit und Sozialarbeit. Zugleich werden zusätzliche Arbeitsplätze im Natur- und Umweltschutz geschaffen. Ausmaß und Schnelligkeit dieser Veränderungen hängen allerdings auch davon ab, ob diese Dienst- und Serviceleistungen zu marktgerechten Preisen angeboten werden.

4. Zu den Faktoren des gesellschaftlichen Wandels gehört auch der Wandel der Bevölkerungsstruktur; insbesondere der Altersaufbau wird sich entscheidend verändern. Dies hat für die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik in den 80er Jahren ganz andere Konsequenzen als in den 90er Jahren. Während in den 80er Jahren geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen, werden hingegen in den 90er Jahren geburtenschwache Jahrgänge weniger Arbeit nachfragen. Der Anteil der arbeitenden Bevölkerung wird abnehmen, während der Anteil der Rentner stark zunehmen wird. Diese Veränderung der demographischen Rahmenbedingungen betrifft alle gesetzlichen Alterssicherungssysteme gleichermaßen. Deshalb müssen die notwendigen Anpassungen von allen Gruppen der Gesellschaft solidarisch getragen werden.

5. In der Bundesrepublik Deutschland werden nach wie vor erstklassige technische Produkte hergestellt. Ebenso hat die deutsche Wirtschaft international eine führende Stellung im Angebot von kompletten Produktionsanlagen und damit verbundenen Serviceleistungen. Diese Bereiche werden auch künftig von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein. Bei der Entwicklung und Anwendung von wichtigen Schlüsseltechnologien wie in Teilbereichen der Mikroelektronik und Biotechnik besteht demgegenüber ein Nachholbedarf. Die Zahl der deutschen Patente stagniert. Auch wegen der Rohstoff- und Energieabhängigkeit muß die deutsche Wirtschaft auf technologischem Gebiet an der Spitze bleiben.

6. Als Folge sozialdemokratischer Politik in den 70er Jahren ist der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt zu stark gewachsen, haben sich die Staatsausgaben und die Staatsverschuldung in unvertretbarer Weise erhöht, haben Bürokratisierung und staatliche Reglementierung zugenommen. Die teilweise Lähmung der privaten Initiative in Staat und Gesellschaft, die Behinderung des wirtschaftlichen Strukturwandels, der Rückgang der Investitionen waren die Folgen, die die Arbeitslosigkeit mitverursacht haben.

Diese verhängnisvolle Entwicklung hat die Bundesregierung unter Führung der Union beendet. Die CDU wird den erfolgreich eingeschlagenen Weg der Konsolidierung der Staatsfinanzen konsequent fortsetzen, da dies eine wichtige Voraussetzung für die dauerhafte Gesundung der Wirtschaft ist. Weiter wird die CDU den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder Geltung verschaffen. Dadurch werden private Initiative, Kreativität und Leistungsbereitschaft der Bürger gestärkt und wird solidarisches Handeln ermöglicht.

Veränderung der internationalen Wettbewerbsbedingungen

7. In keinem anderen großen Industrieland hängen so viele Arbeitsplätze von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ab, wie in der Bundesrepublik Deutschland. Bei uns ist es jeder dritte Arbeitsplatz, in Japan nur jeder fünfte und in den USA weniger als jeder zehnte. Als exportorientiertes Industrieland hat die Bundesrepublik Deutschland nur dann eine Chance, den bestehenden Wohlstand zu erhalten und die Lebensverhältnisse zu verbessern, wenn sie auch in Zukunft Spitzenprodukte herstellt.

8. Unser wirtschaftlicher Wohlstand hängt in der Zukunft auch davon ab, ob sich die Länder in der Dritten Welt wirtschaftlich zu leistungsfähigen Partnern entwickeln. Deshalb ist es unser Interesse, daß die Entwicklungsländer ihre Produktionskraft innerhalb einer marktwirtschaftlich orientierten und sozial ausgewogenen Wirtschaft entfalten. In manchen Entwicklungsländern werden heute schon Produkte, mit denen die Industrieländer bisher führend auf dem Welt- und Binnenmarkt vertreten waren, billiger hergestellt. Die CDU begrüßt diese Fortentwicklung der internationalen Arbeitsteilung, weil sie dazu beiträgt, daß sich die Länder der Dritten Welt zu leistungsfähigen Handelspartnern entwickeln können. Aufgabe unserer eigenen hochtechnisierten Industriewirtschaft ist es daher, sich diesen veränderten Wettbewerbsverhältnissen rechtzeitig anzupassen. Die Stärkung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist eine wichtige Voraussetzung, um den Ländern der Dritten Welt weiter helfen zu können.

III. Perspektiven und Ziele

9. Die mittel- und langfristig angelegte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CDU orientiert sich an folgenden Zielen:

- Der nötige Freiraum, in dem sich Selbstbestimmung, Leistung und Kreativität verwirklichen können, muß für den einzelnen und für gesellschaftliche Gruppen gesichert und vergrößert werden.
- Technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum müssen mit dem Ziel der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt in Einklang gebracht werden.
- Der notwendige Strukturwandel unserer Wirtschaft muß durch eine Steigerung ihrer Flexibilität und Dynamik und durch ihre erhöhte Bereitschaft zur Einführung neuer Produkte und erfahrung sowie neuer Formen der Organisation des Arbeitsmarktes angenommen und bewältigt werden. Dies sichert auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Nur mit einer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die sich an diesen Zielen orientiert und für verlässliche und dauerhafte wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgt, können wir die Arbeitslosigkeit überwinden, als führendes Industrieland langfristig bestehen und die soziale Zukunft unseres Landes sichern.

Leistung und Wettbewerb bestimmen die Wirtschaftspolitik der CDU in den 80er Jahren. Der Erhalt unserer Umwelt, der sparsame Umgang mit knapper werdenden Rohstoffen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelingen am besten durch Wettbewerb, weil er neue und zukunftssträchtige Lösungen am ehesten gewährleistet. Grundsätzlich gibt es keine Wirtschaftsordnung, die Fehlentwicklungen völlig ausschließt. Allerdings ist die Soziale Marktwirtschaft das ordnungspolitische Konzept, das durch seine dezentralen Steuerungsmechanismen und das Leistungs- und Urteilsvermögen freier, verantwortlicher Bürger Fehlentwicklungen am ehesten vermeidet und am schnellsten korrigiert.

10. Die junge Generation braucht eine überzeugende Zukunftsperspektive. Bei jungen Menschen sind die negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit besonders schwerwiegend. Es bedarf daher einer außergewöhnlichen Anstrengung aller, um die Jugendarbeitslosigkeit in den 80er Jahren schrittweise abzubauen. Die CDU hat dazu im Februar 1984 ein eigenes Programm mit konkreten Vorschlägen vorgelegt. Jugendarbeitslosigkeit ist ein besonders ernstzunehmendes Teilproblem der allgemeinen Arbeitslosigkeit, die nur abgebaut werden kann, wenn wir die modernen Technologien annehmen, unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken, die Eigenkapitalbasis unserer Unternehmen verbessern und vor allem die Fähigkeit unserer Wirtschaft erhöhen, auf wechselnde wirtschaftliche Daten schnell und flexibel zu reagieren. Wir müssen aber auch alle anderen vernünftigen Möglichkeiten nutzen, um Nachfrage und Angebot von Arbeitsplätzen wieder in Einklang zu bringen. Die flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit und die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen können dazu wesentlich beitragen.

11. Wir werden die Herausforderungen der 80er Jahre nur bestehen, wenn der soziale Konsens in der Bundesrepublik Deutschland erhalten bleibt. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist dieser Konsens besonders wichtig. Wir verstehen Mitbestimmung als Ausdruck partnerschaftlicher Mitverantwortung. Die Tarifparteien, Gewerkschaften und Arbeitgeber, sind aufgefordert, sich ihrer Verantwortung gegenüber den Interessen aller Bürger bewußt zu sein. Dies gilt auch und gerade für die gemeinsame Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels.

Den Strukturwandel annehmen und gestalten

12. Der technische Fortschritt ist nur auf der Grundlage einer breiten Zustimmung der Menschen zu verwirklichen. Diese Zustimmung hängt in erster Linie davon ab, daß die Technik in ihrer dienenden Funktion für die Menschen positiv erfahrbar wird und daß sie in ihrer Anwendung, ihren Nebenwirkungen und Folgen beherrschbar bleibt.

Die CDU darf die Skepsis gegenüber technischen Entwicklungen und ihren Anwendungen nicht einfach ignorieren. Wir müssen den technischen Fortschritt nicht nur als politische und wirtschaftliche, sondern auch als ethische Herausforderung begreifen. Es gilt, eine Ethik der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation zu begründen, die uns glaubwürdige und konsensfähige Maßstäbe für unser Handeln und Entscheiden liefert.

Nicht alles, was technisch möglich und ökonomisch vorteilhaft ist, ist unter humanen Gesichtspunkten wünschenswert. Der Mensch muß Herr der Technik bleiben. Wir müssen die Risiken beachten und berücksichtigen, statt sie zu dramatisieren. Die Gefahren der Zukunft liegen nicht im technischen Fortschritt selbst, sondern im Unvermögen, den technischen Fortschritt als Chance für den Menschen zu nutzen und seine Folgen politisch zu gestalten. Hierin liegt die entscheidende Herausforderung, der wir uns in der Bundesrepublik Deutschland stellen müssen. Die CDU tritt für ein nüchternes und vorurteilsfreies Verhältnis zur Technik ein, damit die Chancen erkannt und genutzt werden, die der technische Fortschritt zur Lösung ökonomischer

und sozialer Probleme bietet. Indem der technische Fortschritt im Arbeitsleben und in der Freizeit ein höheres Maß an Vielfalt und individueller Selbstbestimmung ermöglicht, trägt er zum gesellschaftlichen Fortschritt bei. Des weiteren ermöglichen neue Technologien die Dezentralisierung von Produktion und Dienstleistungen, was strukturschwachen Regionen, insbesondere im ländlichen Raum, und der mittelständischen Wirtschaft zugute kommt. Die Entwicklung und Nutzung international konkurrenzfähiger Technologien ermöglicht wirtschaftliches Wachstum, schafft neue, zukunftssichere und gleichzeitig humane Arbeitsplätze, sichert das soziale Netz und ermöglicht den sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen und die Reduzierung von Umweltbelastungen.

13. Es gibt keine Alternative zum technischen Fortschritt. Wer ihn verhindert, gefährdet auf Dauer Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Chancen der deutschen Industrie liegen insbesondere darin, die in aller Welt vorhandenen Erkenntnisse auf zukunftsweisenden Gebieten aufzunehmen und in Verfahren und Produkte umzusetzen. Die beschäftigungswirksamen Effekte technologischer Neuerungen müssen auch dadurch genutzt werden, daß die deutsche Wirtschaft selbst als Anbieter dieser neuen Techniken auftritt.

Die Bewältigung des mit einer dynamischen Wirtschaft verbundenen Strukturwandels ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter. Der Staat kann lediglich durch entsprechende ordnungspolitische Rahmenbedingungen der Wirtschaft ihre Aufgabe erleichtern. Die Förderung überholter Wirtschaftsstrukturen durch Subventionen kann zwar kurzfristig die Arbeitsplätze bestimmter Industriebranchen erhalten, schafft aber keine neuen, zukunftssicheren Arbeitsplätze und ist auf Dauer nicht zu finanzieren. Es geht um unsere Zukunft als führender Industriestaat in den 80er und 90er Jahren. Die Subventionierung notleidender Industriebranchen muß daher zeitlich befristet und — unter Berücksichtigung sozialer Erfordernisse — schrittweise abgebaut oder angepaßt werden. Nur so läßt sich das Ziel verfolgen, den Strukturwandel zu erleichtern und negative soziale Auswirkungen struktureller Verschiebungen zu mildern. Andernfalls werden wir Krisen ohne Ende haben, statt ein Ende der Krisen.

Im internationalen Rahmen — insbesondere innerhalb der EG — müssen Übereinkommen getroffen werden mit dem Ziel, die staatliche Subventionierung ganzer Industriebranchen abzubauen bzw. zu beseitigen. Der Abbau dieser wettbewerbsverzerrenden Subventionen in Konkurrenzländern erleichtert den Verzicht auf Subventionen im nationalen Bereich.

14. Kleine und mittelständische Unternehmen passen sich erfahrungsgemäß den strukturellen Veränderungen schneller an. Damit sind diese Unternehmen ein wertvoller wirtschaftlicher Stabilitätsfaktor. Sie zeichnen sich auch durch überdurchschnittliche Innovationsbereitschaft und Kreativität aus. Im In- und Ausland gibt es heute genügend Beispiele dafür, daß kleine und mittelständische Firmen zu den wachstumsstärksten gehören. In den letzten zehn Jahren sind mehr als 80 Prozent aller in den USA neu geschaffenen Arbeitsplätze von Unternehmen geschaffen worden, die nicht mehr als hundert Mitarbeiter haben. Die 80er Jahre werden deshalb auch in der Bundesrepublik Deutschland das Jahrzehnt der Selbständigen und des Mittelstandes sein müssen.

15. Die neuen Technologien führen vielfach zu erhöhten Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. Der Mangel an Fachkräften wird möglicherweise in den neunziger Jahren ein großes Problem für unsere Volkswirtschaft darstellen. Schon jetzt bestehen in bestimmten Branchen Engpässe an qualifizierten bis hochqualifizierten Arbeitskräften. Der Wandel der Tätigkeitsbereiche und Anforderungen ist das entscheidende Merkmal der vor uns liegenden Entwicklung. Der Schwerpunkt menschlicher Arbeit wird künftig stärker in der Planung, dem Aufbau und der Überwachung von Fertigungsprozessen und weniger in der Produktion selbst liegen. Die veränderten Anforderungen an Beschäftigte und Arbeitsplatzsuchende haben erhebliche Konsequenzen für das gesamte Bildungs- und Ausbildungssystem.

16. Ein vielfältiges und differenziertes Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten soll den unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen aller Bürger gerecht werden. Die CDU will durch ihre Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dazu beitragen, daß individuelle Leistung und solidarisches Verhalten sich besser ergänzen.

17. Eine große Chance bietet der technische Fortschritt bei der Humanisierung unserer Arbeitsbedingungen. Roboter werden monotone und gesundheitsschädigende Arbeiten übernehmen; die gezielte Nutzung der neuen Informationstechniken ermöglicht vielfältige und flexible Übergänge zwischen bezahlter Arbeit und Freizeit. Sie erleichtert die Individualisierung der Arbeitszeit und ermöglicht die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen. Bestimmte berufliche Tätigkeiten können zunehmend auch zu Hause ausgeübt werden. Dabei ist allerdings darauf zu achten, daß flexiblere Arbeitszeiten nicht zu einem Verlust des arbeitsrechtlichen und sozialen Schutzes der Arbeitnehmer führen. Der technische Fortschritt gibt uns zum ersten Mal seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Möglichkeit, Lebens- und Arbeitsrhythmus, Familie und Beruf wieder miteinander zu versöhnen.

Der Einsatz neuer Technologien ist nicht gegen die Arbeitnehmer möglich, sondern nur mit ihnen. Die Arbeitnehmer sollen bei der Entscheidung über Einsatz und der Verwendung neuer Techniken, die ihre Arbeit tiefgreifend verändern, im Sinne sozialer Partnerschaft mitwirken.

18. Neue Technologien ermöglichen Produktionsprozesse, die mit teuren Energien und knappen Rohstoffen sparsamer umgehen und die Umwelt bedeutend geringer belasten. Die Mikroelektronik spielt dabei als energiesparende und umweltschonende Technologie eine zentrale Rolle. Die Probleme des Umweltschutzes sind am ehesten mit Hilfe der neuen Technologien, keinesfalls aber gegen sie zu lösen. Die Soziale Marktwirtschaft ist dabei das ordnungspolitische Konzept, das die Anwendung umweltfreundlicher Technologien am schnellsten und am wirkungsvollsten ermöglicht und dadurch die Lebensbedingungen weiter verbessert.

19. Eine gesicherte und möglichst preisgünstige Energieversorgung ist Grundlage für eine hochentwickelte Industrie und Wirtschaft. Dazu sind langfristig verlässliche Rah-

menbedingungen Voraussetzung, die den Markt stärken und dem Energieversorgungs- und -verbrauchsbereich die erforderlichen Anpassungsprozesse ermöglichen. Die Kohlepolitik ist Bestandteil der nationalen Energiepolitik. Dies gilt auch für den umweltgerechten und wettbewerbsfähigen Einsatz. Wesentlich für eine sichere Energieversorgung ist die Nutzung heimischer Vorräte, insbesondere der Kohle, und eine ausgewogene Struktur in bezug auf Sicherung der einzelnen Energieträger. Energie muß aus Gründen der Knappheit noch rationeller und sparsamer eingesetzt werden. Gleichzeitig muß die Energienutzung umweltverträglich erfolgen. Dies kann nur durch den raschen Einsatz neuer Techniken und deren Weiterentwicklung erreicht werden. Einen unverzichtbaren Beitrag zur Energieversorgung hat die Kernenergie zu leisten. Deshalb ist ein verantwortungsbewußter Ausbau der Kernenergie und der Entsorgung notwendig.

20. Die Technik an sich ist weder gut noch böse, es kommt auf die Art und Weise ihrer Anwendung an. Dabei geht es darum, Chancen und Risiken abzuwägen, mögliche negative Auswirkungen des technischen Fortschritts zu erkennen und ihnen vorzubeugen, als sinnvoll erkannte Entwicklungen voranzutreiben, aber auch dort Grenzen zu setzen, wo die Technik ihre dienende Funktion gegenüber den Menschen nicht mehr begründen kann.

Im Bereich der Medien und der Datenspeicherung sind wirksame gesetzliche Regelungen erforderlich. Der Schutz des einzelnen vor Mißbrauch seiner persönlichen Daten und beispielsweise der Schutz der Jugend bei der Verbreitung von Videoprodukten sind dafür Beispiele. Mögliche Eingriffe in menschliches Erbgut erfordern neue Grenzen für das technisch Machbare, die den ethischen Maßstäben unseres christlichen Menschenbildes entsprechen.

Neues Verständnis von Arbeit und Wachstum

21. Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit und von Wachstum:

- Arbeit ist nicht nur Arbeit und Leistung ist nicht nur Leistung, wenn sie im Rahmen der Erwerbsarbeit erbracht werden. Es gibt Arbeit nicht nur im Berufsleben, sondern auch in der Familie und im sozialen Dienst für andere, in der Selbst- und Nächstenhilfe. Es ist widersprüchlich, wenn beide Elternteile, von denen sich einer der Erziehung der Kinder ganz widmen will, oder Arbeitnehmer, die die Pflege kranker oder pflegebedürftiger Familienangehöriger übernehmen möchten, aus materiellen Gründen zur Erwerbsarbeit gezwungen werden. Diese Arbeiten müssen anerkannt, gefördert und bei der Einkommensverteilung und der sozialen Sicherung berücksichtigt werden.
- Der Fleiß der Bürger, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Politik bestimmen über den Wohlstand und das wirtschaftliche Wachstum unseres Landes. Wirtschaftliches Wachstum ist jedoch kein Ziel an sich, sondern eine wesentliche Hilfe für die Lösung gegenwärtig bestehender und künftiger ökonomischer, ökologischer und sozialer Probleme. Wir dürfen Wachstum aber nicht ausschließlich nach dem Umfang der Güter und Dienstleistungen bewerten, sondern müssen auch qualitative Veränderungen berücksichtigen. Einsparungen im Energiever-

Quelle: KAS/ACDP_07-001-9566
brauch durch neue Techniken und die Kontrolle sowie die Verringerung von Schadstoff-Emissionen sind Beispiele solchen qualitativen Wachstums, das unsere Lebensbedingungen verbessert und Ressourcen schont.

Europäische und weltwirtschaftliche Verantwortung

22. Die technologische und wirtschaftliche Herausforderung durch viele Staaten der Erde wirft die Frage nach Europas Stellung in der Welt von morgen auf.

In den Nord-Süd-Beziehungen kommt der Europäischen Gemeinschaft eine besondere Bedeutung zu. Damit Europa nach außen als wirtschaftliche Einheit auftreten kann, muß seine Einheit im Innern geschaffen werden. Wir sind noch ein gutes Stück von der Verwirklichung echter Binnenmarktverhältnisse in der Europäischen Gemeinschaft entfernt. Der EG-Binnenmarkt muß nach Beseitigung der Zölle von immer noch bestehenden nichttarifären Handelshemmnissen befreit werden. Ein vollgültiger Binnenmarkt mit 270 Millionen Verbrauchern stärkt auch die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Wir wollen die politische Union in Europa und einen gemeinsamen europäischen Markt ohne Grenzen.

23. Die Soziale Marktwirtschaft erfordert die Freiheit des Handels und eine funktionierende internationale Arbeitsteilung. Die damit verbundenen Strukturveränderungen sind zu bewältigen. Der Freihandel innerhalb der Europäischen Gemeinschaft darf nicht durch Handelsbarrieren gegenüber Drittländern erkaufte werden. Die weltweit wieder auflebenden protektionistischen Tendenzen müssen zurückgedrängt werden. Nur die liberale Außenhandelspolitik eines politisch geeinten Europas, der USA und Japans kann dirigistischen Ansätzen im Rahmen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung entgegenwirken.

24. Entwicklungspolitik ist auch eine Investition in die Zukunft. Durch unsere Mitwirkung bei der Neugestaltung der weltwirtschaftlichen Ordnung wollen wir den freien Welthandel stärken. Die weltwirtschaftliche Verflechtung muß weiter vorankommen. Die Entwicklungsländer müssen daher noch stärker als bisher in den Welthandel einbezogen werden. Erforderlich sind aber auch verstärkte Anstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit, welche die außenwirtschaftliche Abhängigkeit vieler Entwicklungsländer verringern und zu einer Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur führen. Stark schwankende Rohstoffpreise behindern eine rasche Entwicklung der Dritten Welt und schaden der Wirtschaft in den Industrieländern. Allzu große Schwankungen können vorübergehend durch marktwirtschaftskonforme Ausgleichssysteme vermieden werden; auf Dauer jedoch muß die Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Verkauf ihrer Rohstoffe durch die Hilfe beim Aufbau eines verarbeitenden Gewerbes gemindert werden. Zu diesem Prozeß können private Investitionen und know-how-Transfer aus der deutschen Wirtschaft noch mehr als bisher beitragen. Nur Industrieländer mit dynamischem Wachstum sind in der Lage, den Ländern der Dritten Welt durch personelle, finanzielle und technische Hilfe bei ihrer Entwicklung behilflich zu sein. Dabei muß der Hilfe zur Selbsthilfe besonderer Raum eingeräumt werden. Das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd darf nicht

noch größer werden, das Europäische Engagement in der Entwicklungshilfe ist zu verstärken. Die CDU fordert alle Mitgliedsstaaten der EG auf, schrittweise mindestens 0,7 % ihres Bruttosozialproduktes für die Entwicklungshilfe bereitzustellen. Beim Dialog mit den politisch führenden Kräften der Entwicklungsländer sollte stärker als bisher die ordnungspolitische Frage der Brauchbarkeit des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft für die Länder der Dritten Welt berücksichtigt werden.

IV. Politische Folgerungen

25. Um den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft bestehen und die genannten Ziele verwirklichen zu können, hält die CDU die nachstehenden wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen für erforderlich. Manche dieser Maßnahmen berühren die öffentlichen Haushalte. Bund und Länder sollten deshalb sobald wie möglich aufzeigen, in welchen Grenzen und in welchen Fristen die vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt werden können. Dabei muß die Notwendigkeit berücksichtigt werden, die öffentlichen Haushalte weiter zu konsolidieren.

Verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

26. Durch die Gesundung der öffentlichen Haushalte gewinnen Wirtschaft und Politik wieder mehr Handlungsspielraum. Ein geringerer Anstieg der Ausgaben soll dazu beitragen, daß der Staatsanteil zurückgeführt wird, um wieder mehr Raum für private Initiative zu schaffen. Die Sozialpolitik hat einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet. Sowohl für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als auch für eine Rückführung zu Grundsätzen marktwirtschaftlicher Ordnung ist in den kommenden Jahren ein weiterer Abbau von Subventionen vordringlich. Eine weitere deutliche Verringerung der öffentlichen Kreditaufnahme muß den Spielraum für die stabilitätsorientierte Geldpolitik der Bundesbank erweitern. Finanz- und Geldpolitik sollen sich vor allem im Interesse der Preisstabilität und Förderung privater Investitionen ergänzen. Preisstabilität dient insbesondere den Sparern und Verbrauchern.

27. Sowohl für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als auch für eine Rückführung zu Grundsätzen marktwirtschaftlicher Ordnung ist in den kommenden Jahren ein weiterer Abbau von Subventionen vordringlich. Generell führen Subventionen in der Sozialen Marktwirtschaft zu Fehlsteuerungen, Strukturverzerrungen und hemmen in den Unternehmen die Entwicklung eigener Problemlösungen.

Grundsätzlich müssen Unternehmen die Risiken der Fehlentscheidung selber tragen, ohne auf staatliche Hilfe hoffen zu können.

Staatliche Subventionierung hat sich u. a. an folgenden Kriterien zu orientieren:

- Eine eindeutige Definition des Subventionszieles und regelmäßige Erfolgskontrollen sind erforderlich.
- Subventionen sollen grundsätzlich zeitlich befristet und degressiv gestaltet werden.

28. Das Steuersystem ist wesentlicher Bestandteil der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Es hat Einfluß auf fast alle wirtschaftlichen Aktivitäten. Wir treten dafür ein: Lieber niedrigere Steuersätze und weniger Ausnahmen als hohe Steuersätze und viele Ausnahmen.

Eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer soll die Leistung von Arbeitnehmern und Selbständigen wieder stärker anerkennen und vor allem von Familien mit Kindern nachhaltig entlasten.

Eine spürbare Steuerentlastung erfordert den weiteren Abbau von Steuervergünstigungen.

Eine erste Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer nach den genannten Grundsätzen soll zum 1. Januar 1986 erfolgen. Dabei ist die vorrangige Aufgabe der Konsolidierung zu beachten und der Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden Rechnung zu tragen. Diese Steuersenkung soll einen ersten wesentlichen Schritt für die Verbesserung des Familienlastenausgleichs und den Abbau der inflationsbedingten heimlichen Steuererhöhungen bringen.

Um den leistungsfördernden Effekt dieser Korrekturen sicherzustellen und um die zu recht gewollte familienpolitische Wirkung zu erreichen, ist zu prüfen, ob beide Maßnahmen ohne Steuererhöhung zu finanzieren sind.

29. Die Bewältigung des Strukturwandels und die Erhaltung der internationalen Spitzenstellung der deutschen Wirtschaft setzen die Entwicklung und Anwendung zukunftsorientierter Technologien sowie ausreichendes Eigenkapital unserer Unternehmen voraus. Eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung ist notwendig, weil die Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft die Risiken des Strukturwandels zu tragen haben und deshalb die Fähigkeiten haben müssen, diese Risiken zu übernehmen. Die Fähigkeit, Risiken zu übernehmen, ist dann gegeben, wenn genügend Eigenkapital als Risikokapital dem Unternehmen zur Verfügung steht.

Die ertragsunabhängigen Steuern sind bereits gesenkt worden; die Entlastungen bei der Einkommensteuer werden die Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung insbesondere auch der kleineren Unternehmen begünstigen. Auf längere Sicht muß die Struktur der Unternehmensbesteuerung so verändert werden, daß die heutigen steuerlichen Benachteiligungen der Eigen- und Beteiligungsfinanzierung abgebaut werden. Es muß attraktiver werden, Kapital im Unternehmen zu belassen, als es anderweitig risikolos und zinsgünstig anzulegen. Die Eigenkapitalausstattung wird dann wieder steigen, wenn die Gewinne der Unternehmen die Erträge auf risikolose Geldanlagen übertreffen.

30. Kleinere und mittlere Unternehmen haben eine besonders hohe Innovationskraft. Ihre Kapitalausstattung ist aber häufig zu gering. Die Bildung von Risikokapital muß in Zukunft deutlich begünstigt werden. Lösungen hierfür bieten

- eine Änderung des Börsenrechts, die auch kleineren Unternehmen einem leichteren Zugang zum Aktienmarkt verschafft, um somit Risikokapital finden zu können,

- die Vereinfachung bei der Übertragung von Unternehmensanteilen,
- die Beseitigung von steuerlichen Hemmnissen im Risikokapitalverkehr durch Abschaffung der Börsenumsatzsteuer und ein Abbau der Gesellschaftssteuer,
- jeweils zeitlich begrenzte steuerliche Besserstellung für neugegründete Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die sich auf die Bereitstellung von Kapital zur Wagnisfinanzierung konzentrieren.

31. Ein leistungsfähiger Mittelstand ist eine Grundvoraussetzung für den Wettbewerb. Übermäßige Unternehmenskonzentrationen sind wettbewerbsfeindlich. Die CDU wird den geordneten Wettbewerb weiter gesetzlich sichern und im Bereich der Fusionskontrolle verbessern. Zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen muß das geltende Kartellrecht konsequent angewandt und das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb verbessert werden.

Die Wiederherstellung und dauerhafte gesetzliche Absicherung eines fairen Leistungswettbewerbs dient auch dem Verbraucherschutz.

32. Existenzgründungen stärken Wachstum und Beschäftigung. Die Gründung neuer Unternehmen wird heute schon durch eine Reihe von Programmen gefördert. Die Wirksamkeit und Koordinierung dieser Programme müssen verbessert werden, auch durch eine intensivere Abstimmung zwischen Bund und Ländern. Der Wille zur Existenzgründung soll vor allem durch verbesserte Rahmenbedingungen, insbesondere für mittelständische und technologieorientierte Unternehmensgründungen gefördert und ermutigt werden.

Bei der Gründung neuer Existenzen ist der Eigenkapitalmangel häufig der entscheidende Engpaß. Die bislang in Kraft befindlichen Existenzgründungsförderungsmaßnahmen des Bundes und der Länder konzentrieren sich im wesentlichen auf die Förderung der Finanzierung von Fremdkapital. Sie müssen daher umgeschichtet werden zugunsten gesetzlicher Möglichkeiten für ein erleichtertes und steuerbegünstigtes Ansparen von Eigenkapital durch Arbeitnehmer zur Gründung selbständiger Existenzen. Die materielle Förderung sollte zeitlich befristet und degressiv ausgestaltet sein. Durch die Gründung solide finanzierter zusätzlicher neuer selbständiger Existenzen werden zusätzliche Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt und somit ein wichtiger Beitrag zur langfristigen Entspannung auf dem Arbeitsmarkt geleistet. Die dadurch ausgelöste Existenzgründungswelle wird einen wichtigen Beitrag zur mittelfristigen Absicherung des begonnenen Wirtschaftsaufschwungs leisten.

33. Überflüssige Verordnungen und Gesetze hemmen den Strukturwandel und die Eigeninitiative der Wirtschaft und schränken die Freiheit des Bürgers unnötig ein. Deshalb sind weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung der Wirtschaft, der kommunalen Selbstverwaltung und unserer Lebensverhältnisse unerlässlich. Dies gilt insbesondere für das Baurecht, das Gewerbe- und Lebensmittelrecht, sowie für die Vorschriften zur Erstellung von Statistiken. Insbesondere das Ladenschlußgesetz sollte baldmöglichst überprüft werden. In diese Überprüfung sollte einbezogen werden, in

Quelle: KAS/ACDP 07-001-9566
welchem Umfang flexiblere Öffnungszeiten neben der Verbraucherfreundlichkeit mehr Möglichkeiten zur Arbeitsplatzteilung bieten.

34. Wir wollen den Staat auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren. Daher sollen die staatlichen Aufgaben unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Effizienz und der gesellschaftlichen Notwendigkeit überprüft werden. In Bund, Ländern und Gemeinden wird die CDU staatliche Unternehmensanteile und Dienstleistungen so weit wie möglich privatisieren. Auch dadurch wird der Spielraum für private Initiative und Leistung erweitert und der Wettbewerb gestärkt.

35. Die Landwirtschaft ist ein wesentlicher Teil der Gesamtwirtschaft. Die Erzeugung hochwertiger und gesundheitlich unbedenklicher Nahrungsmittel, die Pflege und Erhaltung der Kultur und Erholungslandschaft sowie die Sicherung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind und bleiben ihre wesentlichen Aufgaben.

Auch in Zukunft bleibt der bäuerliche Familienbetrieb agrarpolitisches Leitbild der CDU. Er hat sich in der Vergangenheit bewährt und ist am ehesten in der Lage, die vielfältigen Aufgaben zum Wohle der Allgemeinheit erfolgreich wahrzunehmen.

Die bisher von der EG, den SPD/FDP-Bundesregierungen durchgeführte Agrarstrukturpolitik, die auf ein Wachsen oder Weichen landwirtschaftlicher Betriebe ausgerichtet war, vermochte die Einkommensprobleme der Landwirtschaft nicht wesentlich zu mildern. Sie hat im Gegenteil durch den Zwang zur Ausweitung der Produktion zu einem zunehmenden Ungleichgewicht auf einzelnen Teilmärkten geführt. Der Zwang zur Lösung der damit verbundenen Belastungen des EG-Haushalts bringt für die Landwirtschaft Einkommenseinbußen.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß der Landwirtschaft zur Bewältigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ein besonderer Ausgleich gewährt wird. Sie fordert, daß bei der Neuausrichtung der Agrarpolitik regionalspezifischen Belangen Rechnung getragen wird. Der weiteren Konzentration der Tierhaltung muß sowohl im Interesse umweltpolitischer Belange als auch zur Sicherung der Produktionsanteile landwirtschaftlicher Betriebe wirksam begegnet werden.

Die CDU hält an der Sozialpflichtigkeit des landwirtschaftlichen Eigentums fest. Sie anerkennt aber auch deren Grenzen.

Verbesserte Rahmenbedingungen für Forschung und moderne Technik

36. Der Staat kann und soll Innovationen nicht verordnen. Er sollte aber die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung wesentlich verbessern. Dazu gehört eine Entbürokratisierung der universitären Forschung. Den Hochschulen muß mehr Freiraum zum flexibleren Einsatz der Mitarbeiter innerhalb eines gesicherten Personalbestands und beim Einsatz von Forschungsmitteln eröffnet werden.

Die aus den 70er Jahren herrührenden Berührungsgänge zwischen der universitären Forschung und der Wirtschaft müssen überwunden werden. Erforderlich ist der Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Die Drittmittelforschung ist daher weiter auszubauen und zu fördern. Dazu müssen insbesondere hemmende Vorschriften des Hochschulrahmengesetzes sowie der Landeshochschulgesetze geändert werden. Außerdem muß der Wechsel von Wissenschaftlern aus Forschungseinrichtungen in die Industrie und umgekehrt erleichtert werden. Wissenschaftlichen Mitarbeitern von Hochschulen und Forschungseinrichtungen muß die Möglichkeit zur Mitarbeit in technologieorientierten Unternehmen eröffnet werden.

37. Durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der staatlichen Verwaltung sollen die Berater- und Vermittlertätigkeit für die Unternehmen intensiviert und dadurch der Technologietransfer gefördert werden. Oft bleiben Forschungsergebnisse ungenutzt, weil insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen dazu keinen Zugang finden. Einrichtungen für die technische Entwicklung und Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse sollen deshalb modellhaft an geeigneten Standorten, wie beispielsweise in der Nähe von Hochschulen oder Instituten mit leistungsfähigen technisch-naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, angesiedelt werden.

Die soziale Beherrschung des technologischen Wandels erfordert auch eine begleitende Forschung hinsichtlich seiner sozial-, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Auswirkungen. Für die Arbeitnehmer sind die Auswirkungen des technologischen Wandels und die Bedingungen seiner sozialen Beherrschung von erheblicher Bedeutung.

38. Die Förderung und Chancen hochqualifizierter wissenschaftlicher Nachwuchskräfte müssen wesentlich verbessert werden. Die Grundlagenforschung muß intensiviert werden. Es ist unser Ziel, die Spitzenforschung, die den hohen internationalen Standards entsprechen muß, zu intensivieren. Im öffentlichen und privaten Bereich sollen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in wichtigen Schlüsseltechnologien weiterentwickelt werden, die auf Schwerpunktgebieten in Qualität und Quantität dem internationalen Vergleich standhalten.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft wird nicht nur vom Niveau der akademischen Ausbildung abhängen; sondern entscheidend auch von dem Können und der Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer in den praktischen Berufen, der Handwerker und der Techniker. Deshalb dürfen die Bemühungen um eine qualifizierte, den Wandlungsprozessen der Wirtschaft entsprechende Berufsausbildung nicht hinter den Forschungsanstrengungen und der Hochschulausbildung zurückbleiben.

39. Das in den 70er Jahren bestehende Übergewicht der direkten Forschungsförderung führte häufig dazu, daß Unternehmen ihre Produktpalette stärker an staatlichen Förderungsprogrammen als an den Absatzmöglichkeiten und Bedingungen des Marktes orientierten. Deshalb muß die künftige Forschungsförderung zunehmend indirekt erfolgen. Leitgedanke der indirekten Forschungsförderung ist es, Wettbe-

werbsverzerrungen zu vermeiden, den Freiraum für die Unternehmen zu vergrößern und ihre Eigenverantwortlichkeit bei der Durchführung von Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsprojekten zu stärken. Diesem Ziel dienen insbesondere die Wiedereinführung von Sonderabschreibungen bei Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Zuschußförderung für Personal im Forschungsbereich kleiner und mittelständischer Unternehmen.

Unternehmen sollen Anreize für höhere eigene Forschungsaufwendungen erhalten. Dies bewirkt eine intensivere Forschungstätigkeit der Unternehmen, die in erster Linie anwendungsorientiert ist und somit eine schnelle Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Entwicklung und Herstellung neuer bzw. verbesserter Produkte ermöglicht.

40. In den Bereichen, in denen der Staat als Unternehmer tätig ist, sollte er beispielhaft und innovationsfördernd handeln. Dies gilt insbesondere für die Deutsche Bundespost, die für die Entwicklung und Markteinführung verschiedener Informationstechniken in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eine besondere Verantwortung trägt. Die Koppelung zweier Basisinnovationen, Mikroelektronik und Glasfasertechnik, soll in Zukunft zu einer Verbesserung der Infrastruktur beitragen; sie ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Investitionen und neue Arbeitsplätze. Wir brauchen flächendeckende, leistungsfähige Kommunikationsnetze. Dazu bedarf es in einer Reihe von Punkten einer Auflockerung des Postmonopols. Investitionen der Deutschen Bundespost sollten auf jeden Fall in der Weise erfolgen, daß die Belange strukturschwacher Gebiete berücksichtigt werden. Die Deutsche Bundespost wird vor allem beim Aufbau örtlicher Breitbandnetze die Zusammenarbeit mit dem Handwerk verstärken, die mittelständische Industrie stärker mit Entwicklungsarbeiten beauftragen.

Umweltschutz in der Sozialen Marktwirtschaft

41. Neben den wirtschaftspolitischen Zielen — hoher Beschäftigungsstand, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei angemessenem Wachstum — ist für uns der Schutz der Umwelt gleichrangig. Unser Ziel ist es, die Bundesrepublik Deutschland zu einem der umweltfreundlichsten Industrieländer zu machen und alle Anstrengungen zu unternehmen, daß unsere europäischen Nachbarländer sich diesem Vorgehen anschließen. Grundvoraussetzung dafür sind strenge umweltpolitische Vorgaben des Staates und eindeutig gesetzte, langfristig zuverlässige Rahmenbedingungen. Dann kann auch die Wirtschaft die erforderlichen Investitionen für technische Verbesserungen mit kalkulierbaren Zeit- und Kostenplänen vornehmen.

Neue ordnungspolitische Maßnahmen müssen dafür sorgen, daß in Zukunft die umweltbelastenden Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten in die Kalkulation eingehen. Die Inanspruchnahme von Umwelt, z.B. durch Schadstoffemissionen, darf keine wirtschaftlichen Vorteile bieten. Vielmehr ist zu erreichen, daß die Vermeidung von Schadstoffemissionen zu einem Ziel jedes gewinnorientierten Unternehmens wird. Nur auf diesem Wege kann das wirtschaftliche Eigeninteresse an der Förderung umweltfreundlicher Technologien und der Vermeidung von Umweltschäden geweckt

werden. Dies gilt nicht nur für unternehmerische, sondern auch für private Verbraucherentscheidungen. Die Knappheit ökologischer Ressourcen muß ebenso selbstverständlich wie die der ökonomischen vom einzelnen als finanzielle Belastung erfahren werden. Auf solche Weise wird für staatliche und private Entscheidungen und Planungen die Prüfung der Umweltverträglichkeit selbstverständlich werden. Derjenige, der die Umwelt weniger belastet oder entlastet, muß hieraus wirtschaftliche Vorteile gegenüber dem erzielen können, der die Umweltgüter in stärkerem Maße beansprucht.

Wir befürworten den verstärkten Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente. Bei der Lösung von Umweltproblemen mit den Instrumenten der Sozialen Marktwirtschaft wird angestrebt, eindeutige und realistische umweltpolitische Ziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Obwohl sich viele marktwirtschaftlichen Instrumente zum Teil erst langfristig realisieren lassen, sollten schon heute Anreize zu vermehrtem Umweltschutz geschaffen werden. Zu denken ist hier besonders an das Ausgleichsprinzip, das besagt, daß neue Emissionen nur dort zulässig sind, wo an anderer Stelle in einem definierten Gebiet gleichzeitig die Belastungen abgebaut werden. Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit Emissionsgenehmigungen, die bisher unentgeltlich erteilt werden, künftig für bestimmte Schadstoffe und Regionen nur gegen Zahlung eines Preises und in handelbarer Form mit der Möglichkeit einer Abwertung der zugelassenen Werte erteilt werden können.

42. Umweltforschung wird immer wichtiger und bedarf deshalb besonderer staatlicher Förderung. Ursachen und Wirkungen der Umweltbeeinträchtigungen müssen wissenschaftlich geklärt werden. Wenn diese bekannt sind, kann die neueste Technik für den Umweltschutz optimal eingesetzt werden und es kann so den verschärften Umweltschutzanforderungen auch tatsächlich entsprochen werden.

Aufgaben von Forschung und Entwicklung sind dabei die Abschätzung der Risiken einer sich dynamisch fortentwickelnden Technik und deren Beherrschung, die Erfassung gesicherter Daten über vorhandene und zu erwartende Umweltbelastungen sowie die Entwicklung von Überwachungsverfahren zum Schutz der Umwelt. Die derzeit größte Herausforderung im Umweltschutz ist das Waldsterben. Das Ausmaß der Waldschäden macht die intensive Erforschung der komplexen Ursachen- und Wirkungszusammenhänge des Waldsterbens erforderlich. Die Anstrengungen zur Minderung der Luftverschmutzung müssen konsequent fortgesetzt werden. Eine wirkungsvolle Verminderung der Luftverunreinigung kann nur in Zusammenarbeit mit den westlichen und östlichen Nachbarstaaten erreicht werden. Eine anzustrebende gemeinsame Umweltschutzpolitik der EG-Staaten muß durch gesamteuropäische Anstrengungen ergänzt werden. Die CDU schlägt eine ständige Umweltschutzkonferenz aller europäischen Staaten in Berlin vor. Die Bundesrepublik Deutschland muß auch in Zukunft ein Schrittmacher für europäische Lösungen sein.

43. Eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist, daß für die Betriebe das Verhältnis von Erlösen zu Kosten verbessert wird. Dies hängt neben anderen Kosten wie den Kapitalkosten, der Steuer- und Abgabenlast, den Bürokratiekosten auch wesentlich von der Entwicklung der Arbeitskosten ab. Wenn deren Zuwachs dem Produktivitätsfortschritt der Wirtschaft entspricht oder diesen in einer Übergangszeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit unterschreitet, können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Tarifpartner sind aufgefordert, diesen Gesichtspunkt auch bei künftigen Lohnabschlüssen zu berücksichtigen. Um die Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, fordern wir die Tarifpartner auf, zusammen mit der Regierung eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln, wie eine weitere Steigerung der Lohnnebenkosten verhindert oder sogar eine teilweise Senkung erzielt werden kann.

Eine Senkung des Anteils der Lohnnebenkosten soll die Betriebe und die Arbeitnehmer von zu hohen Abgaben entlasten. Der Weg dahin führt nicht über den Abbau sozialer Leistungen, sondern über die Nutzung von Kostensenkungsspielräumen bei den Sozialversicherungssystemen. Das Gesundheitswesen ist so zu reformieren, daß das Verhältnis von Leistung und Kosten verbessert wird. Es ist zu prüfen, welche Aufgaben langfristig den Versicherungssystemen und welche der öffentlichen Hand zugeordnet werden sollen und wie die Finanzierung der verschiedenen sozialen Aufgaben künftig gerechter geordnet werden kann.

44. Die Tarifverträge herkömmlichen Musters bieten keine ausreichenden Möglichkeiten für differenzierte Lohnabschlüsse nach Branchen und Regionen, was angesichts deren unterschiedlicher wirtschaftlicher Lage sinnvoll wäre. Neue Formen von Rahmenvereinbarungen der Tarifparteien könnten einen zusätzlichen Spielraum für die Belegschaft und die Unternehmensführung einzelner Betriebe schaffen, Tarifabkommen individuell auszugestalten. Das würde zu flexibleren Arbeitsabläufen und -strukturen führen und den Arbeitnehmern die Möglichkeit einräumen, das Verhältnis zwischen Arbeitsentgelt, betrieblichen Sozialleistungen, Arbeitszeit und Vermögensbildung mitzubestimmen. Flexiblere Arbeitsabläufe können insbesondere diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten, die Erwerbstätigkeit und Familienaufgaben miteinander vereinbaren müssen.

45. Zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialen Marktwirtschaft in den 80er Jahren gehört eine Neugestaltung des Arbeitsmarktes. Durch eine offensive Arbeitszeit-, Arbeitsmarkt- und Arbeitsrechtspolitik soll eine Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzinhaber und Arbeitsplatzsuchende verhindert werden. Die Einführung neuer Technologien muß dazu genutzt werden, erweiterte Spielräume für humanere Arbeitszeiten, -bedingungen und -strukturen zu schaffen. Arbeitsrechtliche Vorschriften müssen dort flexibler gestaltet werden, wo dies zu einer Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten führt. Was den Arbeitslosen nutzt, kann nicht als sozialer Abbau abgewertet werden. Die rechtlichen Voraussetzungen für befristete Arbeitsverträge und für die Einrichtung und Annahme von Teilzeitarbeitsplätzen sollten verbessert werden, wobei niemand gezwungen werden kann, einen Vollzeitarbeitsplatz aufzugeben.

Frauen sind von den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in Beruf und in der Familie besonders betroffen. Die CDU wird darauf hinwirken, daß Männer und Frauen Beruf und Familie besser miteinander verbinden können. Auch immer mehr Frauen sehen im Beruf einen ebenso selbständigen Teil ihrer Lebensgestaltung wie in der Familie. Die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau bleibt eine wichtige Aufgabe im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft.

Staat und Tarifparteien tragen Verantwortung für die Verwirklichung der sozialen Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt. Es ist daher auch erforderlich, die Arbeitsförderung so umzustellen, daß die Wiedereingliederung der Frauen in das Erwerbsleben wieder einen besonderen Schwerpunkt bildet. Die Möglichkeit, an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen, muß diesen Frauen bereits vor der endgültigen Wiedereingliederung angeboten werden. Wenn die Wiedereingliederung von Frauen in den 80er Jahren erfolgreich gefördert wird, macht sich diese Ausbildungsinvestition in den 90er Jahren bezahlt.

Der öffentliche Dienst sollte dadurch vorbildlich sein, daß Bestimmungen des Beamtenrechts überprüft werden und der Spielraum für Zeitverträge und Teilzeitarbeitsplätze genutzt wird.

46. Erhöhte Anforderungen an die Beschäftigten und deren veränderte Wünsche und Bedürfnisse erfordern neue Arbeitszeitregelungen. Die Möglichkeiten dazu werden durch steigende Produktivität und zunehmende Rationalisierung eröffnet. Darüber hinaus sind es insbesondere die neuen Technologien, die ihrerseits die Chance bieten, Arbeitsbedingungen flexibel zu gestalten. Gesetzgeber und Tarifparteien müssen dabei die Voraussetzungen schaffen, daß dem Bedürfnis, Arbeit und Freizeit in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen, entsprochen werden kann, ohne daß dies die individuellen Arbeitswünsche und die soziale Absicherung in unzumutbarer Weise gefährdet. Es kommt entscheidend auf die Ausgestaltung der Arbeitszeitregelung an:

- Je mehr Dauer und Formen der Arbeitszeit den individuellen Wünschen der Arbeitnehmer entsprechen, desto wirksamer ist die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt.
- Arbeitszeitverkürzungen müssen auf die Organisations- und Produktionsstrukturen in den unterschiedlichen Bereichen und bei unterschiedlichen Betriebsgrößen Rücksicht nehmen, wenn sie dem Abbau der Arbeitslosigkeit dienen sollen.
- Die Kosten von Arbeitszeitverkürzungen können nicht in erster Linie von den Unternehmen getragen werden, weil damit als Folge erhöhter Arbeitskosten weitere Arbeitsplätze gefährdet würden. Diejenigen, die von Arbeitszeitverkürzungen profitieren, müssen bereit sein, die Kosten mitzuübernehmen.
- Für die CDU hat eine flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit Vorrang, weil sie dem Bürger ein größeres Maß an Wahlfreiheit einräumt. Die CDU begrüßt die Beschlüsse der Bundesregierung zur Vorruhestandsregelung, weil sie den Bedürf-

nissen vieler älterer Arbeitnehmer entgegenkommt und gleichzeitig dazu beiträgt, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern.

- Über Vereinbarungen zur Verkürzung der Arbeitszeit haben die Tarifvertragsparteien gemeinwohlverantwortlich, unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen, branchenspezifischen und einzelbetrieblichen Rahmenbedingungen und Gegebenheiten zu entscheiden. Die generelle Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich schafft nicht neue, sondern gefährdet vorhandene Arbeitsplätze und ändert nichts an der bestehenden starren Arbeitszeitregelung.

Eine Verkürzung der Regelarbeitszeit ist – wie in der Vergangenheit – allerdings möglich, wenn

- dies der jährliche Produktivitätszuwachs erlaubt,
- statt Lohnerhöhungen eine Arbeitszeitverkürzung erfolgt, oder
- eine Kombination von beiden vorgenommen wird.

Damit würden die Tarifpartner in Zukunft einen Einkommensbegriff zugrunde legen, der Barlohn, Freizeit und auch Vermögensbildung umfassen kann.

47. Die Ausbildung für die Arbeitsplätze von morgen muß bereits heute beginnen. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft von großer Bedeutung. Weil der technische Fortschritt unsere Tätigkeitsstrukturen stark verändert und dadurch neue Berufe entstehen, sind Bund und Länder innerhalb ihrer Zuständigkeiten aufgerufen, bei der Weiterentwicklung des Bildungswesens diese Veränderungen zu berücksichtigen. Dies macht eine verstärkte Berücksichtigung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken in Bildung und Ausbildung erforderlich. Künftig kommt es weniger darauf an, einen bestimmten Lehrstoff mit einer Fülle von Spezialwissen zu bewältigen; erforderlich ist vielmehr ein breiteres Grundlagenwissen, auf dem ein ständiges, lebenslanges Lernen aufbauen kann. Dies erfordert nicht nur eine größere Anpassungsfähigkeit der Lehrpläne an neue Entwicklungen, eine verstärkte Aufmerksamkeit für lebensnahe und praxisorientierte Ausbildung der Ausbilder und Lehrer sowie die Erhaltung eines ausreichenden Angebots an Berufsschulunterricht. Gefordert ist auch die Bereitschaft des einzelnen zur beruflichen Mobilität. Der Vielfältigkeit der Begabungen entspricht ein differenziertes, eigenständiges und durchlässiges System der beruflichen Bildung, das das „duale System“ ebenso umfaßt wie die verschiedenen beruflichen Vollzeitschulen. Dem Ausbau der beruflichen Weiterbildung kommt künftig eine besondere Bedeutung zu. Die Ausbildung in einem Lehrberuf verdient die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie in der gymnasialen Oberstufe und an der Universität.

Reform des Familienlastenausgleichs

48. Die Familie ist die wichtigste Gemeinschaft in unserer Gesellschaft; gerade jüngste Erfahrungen zeigen, daß sie auch heute für alle, insbesondere junge Menschen, als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort individueller Geborgenheit ist. Die Familie hat eine unverzichtbare Bedeutung durch ihre

verantwortliche Mitwirkung bei wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben, wie z.B. der Erziehung, der Gesundheitsvorsorge und den sozialen Diensten. Diese Funktionen der Familie sind unentbehrlich für eine menschlichere Gesellschaft in einer modernen Industriegesellschaft. Ein Abbau der materiellen und sozialen Benachteiligungen der Familien mit Kindern kann auch ein Beitrag sein, die ungünstige demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen und so auch einen Beitrag leisten, die negativen Konsequenzen für das System der sozialen Sicherung abzumildern.

Damit die Familie ihre Aufgaben erfüllen kann, brauchen wir eine grundlegende Reform und Verbesserung des gesamten Familienlastenausgleichs. Sie muß die Leistungen und Lasten von Familien mit kleinen Kindern, heranwachsender Jugend und pflegebedürftigen alten Menschen auch wirtschaftlich anerkennen. Dabei muß vor allem die Lage einkommensschwacher Familien mit Kindern verbessert werden. Die Familienpolitik hat die Aufgabe, die Familie durch geeignete gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen ideeller und materieller Art in ihrer unverzichtbaren Aufgabe für die Gesellschaft, für die nachwachsende Generation und in ihrem Dienst am Menschen zu unterstützen. In diesem Rahmen müssen vor allem die bereits mehrfach beschlossene Einführung eines Erziehungsgeldes sowie die Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht verwirklicht werden.

Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen

49. Zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft gehört auch eine stärkere Teilhabe der Arbeitnehmer am Produktivkapital, wodurch die Arbeitnehmer zu Partnern und Teilhabern werden. Dies führt zu einer breiten Vermögensbeteiligung, erleichtert eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Lohnpolitik, verbessert die Kapitalausstattung und trägt zur Stärkung der Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft bei. Sie verbessert damit die Voraussetzungen für die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Tarifpolitik muß in Zukunft mehr sein als reine Nominallohnpolitik. Sie muß auch die Kapitalbeteiligung miteinbeziehen und zeitgerechte Einkommenspolitik mit zukunftsorientierter Beschäftigungspolitik verbinden.

Neben den betrieblichen und außerbetrieblichen Beteiligungsformen, die bereits das Vermögensbeteiligungsgesetz nachhaltig erleichtert hat, muß künftig die außerbetriebliche Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer an nicht-emissionsfähigen Unternehmen jeder Rechtsform über Kapitalanlagegesellschaften bzw. Kapitalbeteiligungsgesellschaften verstärkt gefördert werden. Insbesondere durch eine breite Risikostreuung soll dem Sicherheitsbedürfnis der Arbeitnehmer verstärkt Rechnung getragen werden; zugleich soll die Eigenkapitalbasis gerade mittelständischer Unternehmen nachhaltig verbessert werden. Daneben sind Belegschaftsaktien besonders förderungswürdig. Eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen trägt somit zur Verbesserung der Kapitalstruktur unserer Wirtschaft bei. Sie erhöht die Kapitalausstattung, erleichtert die Finanzierungsmöglichkeiten und stärkt die Investitionskraft der Wirtschaft.

Internationale Verantwortung

50. Die Europäische Gemeinschaft soll gestärkt werden. Vorrangig sind der Ausbau des Binnenmarktes und die Beseitigung von Handelshemmnissen in der Gemeinschaft. Wir streben in der Europäischen Gemeinschaft integrierte Wirtschafts-, Technik- und Industriestrukturen an, die auch auf den Gebieten des Umweltschutzes und der Technologie- und Forschungspolitik eine grenzübergreifende Zusammenarbeit ermöglichen. Erfindungen und wissenschaftliche Erkenntnisse sollen verstärkt ausgetauscht werden. Bestehende Hindernisse für grenzüberschreitende Kooperation und freien Güteraustausch, wie zum Beispiel unterschiedliche Normen und Qualitätsstandards, müssen beseitigt werden. Die Europäische Gemeinschaft darf kein Wirtschaftsraum werden, der mehr und mehr von Marktverzerrungen, Subventionswettläufen und einzelstaatlichem oder gemeinschaftlichem Interventionismus bestimmt ist. Nur in einer wirtschaftlich leistungsfähigen Gemeinschaft kann auch ein sozialer Ausgleich stattfinden.

51. Damit der fortschreitende weltwirtschaftliche Integrationsprozeß nicht behindert wird, ist die Bewältigung der gegenwärtigen Schuldenkrise, die die Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen berührt, vorrangig. Neuer Protektionismus und Isolationismus würden die gegenwärtigen Probleme nur noch vergrößern. Jedes Land muß zu seiner Verantwortung stehen. Das verlangt Anpassungsanstrengungen von den Schuldnerländern, offene Märkte der Industrieländer für die Erzeugnisse aus der Dritten Welt und beschleunigte Strukturanpassungen auf seiten der Industrieländer sowie stärkere gemeinsame Bemühungen um die Wiederbelebung der Weltkonjunktur und um die Senkung des internationalen Zinsniveaus. Die Banken dürfen ihre Kredite nicht überstürzt zurückziehen; die internationalen Finanzierungsinstitutionen müssen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

V. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen

52. Die Regierung Helmut Kohl hat einen neuen Anfang gemacht und die Sanierung der Staatsfinanzen, eine dauerhafte Gesundung der Wirtschaft sowie die Konsolidierung unserer Systeme der sozialen Sicherung eingeleitet. Die Bürger haben wieder Vertrauen gefaßt und durch ihre Arbeit und Opferbereitschaft entscheidend zum Aufschwung unserer Wirtschaft beigetragen.

Im nächsten Jahrzehnt stehen unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft vor neuen Herausforderungen, die ihre Ursache im Wandel der wirtschaftlichen, technischen und sozialen Gegebenheiten sowie in der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung haben. Auf der Grundlage der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU mit den „Stuttgarter Leitsätzen“ die politischen Lösungen erarbeitet, mit denen wir diese Herausforderungen bestehen können.

Quelle: KAS/ACDP_07-001-9566